

Volks-Zeitung

1908. Nr. 109.

für Anhalt und Thüringer.

Jahrgang 200.

Wagenbesitz für Halle a. S. Leipzigstraße 87, Hinterhaus.
Die halbesche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal — Gratis-Beilagen: Halbescher
Gourer (inkl. Zeitschriften), 34. Unterpostamt (Sonntagblätter), Landw. Mitteilungen.

Erste Ausgabe

Anzeigegebühren: In halbescher Zeitung oder deren Raum 1. Halle a. S. den Postbrief
zu 20 Pf., auswärts 30 Pf. Resten am Schluss des Rechnungsjahrs die Seite 100 Pf.
Anzeigen-Annahme d. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.
Verantwortl.: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Donnerstag, 5. März 1908.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfauerstraße 14.
Telephon-Amt VI Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Zurück aufs Land.

In einigen Wäldern auch national- und wirtschafts-
politisch verlässlicher Richtung ist neuerdings des öfteren
von der Rückwanderung der Arbeiter aufs Land die Rede.
Man deutet zwar vorsichtig an, daß dieses Rückströmen eben
erst eingeleitet habe und wohl auch in den nächsten Jahren
sich nur allmählich vollziehen werde. Aber man muß den
Landwirten doch ein freundlicheres Bild von der Zukunft,
die weniger unter den Bedrücknissen der Keuten zu leiden
haben werde. Die Boten hören sich wohl, allein mir
fehlt der Glaube. Man wird auch im Einzelnen
auch hier nicht zu verallgemeinern und in den Randwäldern
nicht Hoffnungen zu erwecken, die sich unter Umständen
gar nicht oder doch nur in bescheidenem Umfange erfüllen
lassen.

Daß die Rückwanderung möglichst zahlreicher ehe-
maliger Landarbeiter für Stadt und Land die gesunde
Lösung der Arbeiter- und der Arbeitsfrage wäre, wird kaum
bestritten werden. Sicher steht die Gegenwart trotz oder
vielleicht richtiger: gerade wegen der vielerortsigen Frei-
losigkeit vor einem bedrohlich ernsten Widerspruch: auf
dem Lande reiche Arbeitsgelegenheit und starker Arbeiter-
mangel, in den Großstädten zunehmende Arbeitslosigkeit
und ein beträchtlicher Ueberfluß an Arbeitskräften. Schon
kommen aus einzelnen großstädtischen Parlamenten
Redungen über Interpellationen wegen wachsender
Arbeitslosigkeit. Berlin ist natürlich auch hier vorauszu-
gehen und hat für die Arbeitslosen erhebliche Summen zu
Notstandsarbeiten bewilligt. Dieser bittere Feld wird ver-
mutlich auch in der nächsten Zeit an anderer Großstadt nicht
vorübergehen, und wahrscheinlich werden die Klagen über
die Arbeitslosigkeit ihre Wellen schließlich auch in den Reichs-
tag werfen. Dann wird vor breitem Publikum wieder
einmal festgestellt werden müssen, wie wenig Töne die
Großstädte diesen ihrer Arbeiter beweisen können. Bei
mühsamer Konjunktur ziehen sie Arbeitskräfte an, um sie in
schwierigeren Zeiten aufs Wasser werfen zu müssen.

Wird es möglich sein, die überflüssigen Arbeiterkräfte
der Großstädte und Industriebezirke aufs Land abzuleiten?
Wahrscheinlich wird dieser Erfolg kaum zu erzielen sein, denn
gerade diejenigen, deren Kat und Wohnung das Ohr oder
Auge vieler Arbeitslosen erreicht, die Vorkämpfer in groß-
städtischen Versammlungen von Arbeitslosen und die Stadt-
räte, die Arbeitslosigkeits-Interpellationen zu beantworten
haben, haben leider nie oder nur mit veränderlichem Aus-
nahmen hervor, daß die Randwirtschaft das große Reservoir
ist, das viele Tausende Arbeitswilliger aufnehmen und sie
mit lohnender Arbeit versehen könnte. Daß die Sozial-
demokratie hier verfaßt, ist nicht auffällig. Die Unzu-
friedenheit der Arbeitslosen ist ihr blühender Weizen, und
unter den Randarbeitern hat sie selber trotz aller Verheerung
nur recht bescheidene Erfolge errungen. Wohl aber ist zu
beobachten, daß nicht großstädtische Arbeitervereine bei
ihren Bemerkungen über die Lösung der Arbeitslosenfrage
wiederholt auf den ländlichen Arbeitsmangel hinweisen
haben, wie es Graf Stolowitsch in den neunziger Jahren im
Reichstage bei einer solchen Vernehmung mit großem Nach-
druck getan hat. Sicher sind nicht alle großstädtischen
Arbeitslosen zu ländlicher Arbeit gewillt oder auch nur
neugierig. Aber für diejenigen, die erst in den letzten Jahren
in die Großstädte überbehalten und nun die Arme der
dortigen Arbeitslosen rekrutieren, wäre die Rückkehr aufs
Land die beste und schnellste Errettung aus wirtschaftlicher
Not. Den deutschen Sozialdemokraten aber, die auch hier
sich nur von engstirnigen, parteipolitischen Erwägungen be-
stimmen lassen, wird man das veränderte Verhalten eines
ihrer ausländischen Parteigenossen vorhalten müssen, indem
man an das Wort erinnert, in dem jener englische
Sozialistenführer die Lösung der städtischen Arbeitslosigkeit
erklärte: Zurück aufs Land!

Den Wechsel im Reichstagsamt.

betrachtet das Mitglied der Reichspartei Reichstags-
und Landtagsabgeordneter Dr. Krenz in der Wochenchrift
„Das nationale Deutschland“. Er geht davon aus, daß in
Deutschland nicht die Ministerien, sondern nur die Minister
wechseln, also keineswegs das System. So seien die Minister
mehr Verwaltungsbeamte als politische Beamte. Anderer-
seits wüßten die Staatssekretäre im Reich, namentlich die
des Innern, mehr und mehr in die politische Sphäre hinein.
Der neue Reichsfinanzminister sei auch zum preußischen
Staatsminister gemacht und dadurch sei eine neue personale
Verbindung zwischen dem Reich und dem größten Bundes-
staate hergestellt, die den Einfluß des Reichstagsamtes auf
Stößen des preußischen Finanzministers stärken könne. Frei-
herr von Stengel sei der erste Reichsfinanzminister gewesen,
der über den Unterstaatssekretär hinausgras. Er sei auch
nicht zurückgetreten, weil er sich der neuen Reichsfinanz-
reform nicht gewachsen gefühlt habe, sondern, weil er sie
nicht hinauschieben wollte, wie es aus Gründen der allge-
meinen Politik gewünscht worden sei. Er hinterließ seinem
Nachfolger fertige Vorlagen. Die Finanzfragen seien zu
Prinzipialfragen ausgewachsen, die Parteien hätten sich fest-
gelegt und sie hätten sich vollends und endgültig in eine

Sackgasse verannt, wenn Tabak- und Branntweinsteuer jetzt
allein vorgelegt worden wären. Im Interesse des Volkes
sei die Sinauschiebung der Finanzreform auf alle finan-
ziellen Konsequenzen hin dringend geboten. Zudem hätte
Wilow in diese von den Parteien gewünschte Verschiebung
eingewilligt habe und Freiber von Stengel darüber zurück-
getreten sei, hätten die Parteien eine vermehrte Verant-
wortung auf sich genommen, namentlich zu einer Ver-
sicherung zu gelangen. Der gute Wille dazu sei all-
seitig vorhanden und ebenso werde die politische Notwendig-
keit überall wohl begriffen. Möge auch mal rechts oder
links über den Votz gestipfelt oder geschimpft werden, das
sei wie in einer Ehe. Man finde sich schon wieder zu-
sammen. Die Spekulationen auf ein Auseinanderfallen des
Volkes seien gründlich verfehlt. Dem neuen Reichsfinanz-
minister bringe der Verfasser großes Vertrauen entgegen.
Von den neuen Forderungen seien zunächst die auf ver-
mehrten Erträge der Einkommensteuer, Abänderung des
Zufuhrzolls, Steigerung des Reichsanteils, ebenso die
„Veredelung der Matrifalarbeiträge“ auf der Grundlage
direkter Steuern der Einzelheiten, Müssen von indirekten
Steuern etwa die auf Branntwein, Bier und Tabak erheb-
lich herangezogen werden, so erziehe die Einführung einer
Weinsteuer unerlässlich, sie sei eine soziale Anstandssteuer.
Die Silberausprägungen würden den Betriebsfonds des
Reiches aufrichten. Mit den zu erwartenden Diskont-
herabsetzungen werde die finanzielle Unterbindung unserer
wirtschaftlichen Aufschwunges aufgehoben und damit die Unter-
lage für die Beförderung der Reichsfinanzen geschaffen werden.

Aus dem Reichstage.

In der 114. Sitzung am 3. März teilte vor dem Eintreten in
die Tagesordnung Präsident Graf zu Stolberg mit, daß
der Reichstagspräsident die Interpellation über die Schiffahrts-
abgaben sofort nach Beendigung der Beratung des Entwurfs des
Reichsamt des Innern beantwortet werde. In der
darauf beginnenden Debatte über diesen Spezialartikel trug der
Abg. Giesberts (Str.) sozialpolitische Betrachtungen vor, die
in erster Linie von dem Gesichtspunkte der Arbeiterverbände
interessen ausgingen. Koalitionsrecht, Berufsvereinsrecht, Tarif-
vertragsrecht und andere Rechte bilden das Schicksal der ge-
werkschaftlichen Verbände, die auch das gesamte Abge-
ordnete, der dabei sich auf die gestrichelten, zum Etat vorliegen-
den Zentrumsrevolutionen berief. Anders sah die konser-
vative Abgeordnete Pauli-Boßman die sozialpolitischen Auf-
gaben des Reiches an. Nicht einseitig, nicht lediglich auf den
Körper des Fabrikarbeiters dürfe, so führte er aus, die Sozial-
reform ausgerichtet sein, sondern habe sich nach der Gesamtheit
des Volkes, insbesondere nach dem Mittelstande, zu richten.
Der konservative Redner legte im Verlaufe seiner mit vieldeutiger
Zufügung aufgenommenen Ausführungen dem Staatssekretär
die Frage vor, ob endlich Schritte zum Schutze der Arbeits-
willigen, die doch auch ein Recht auf Arbeit hätten, in Aussicht
genommen seien. Krenz antwortete, er wolle es mit größter Ver-
heißener Reform der Handwerker, die mit der so hohen Zeit
sei, die diese Organisation endlich aus den Händen der Sozial-
demokratie zu befreien. Der Abgeordnete Dr. Streßmann
(natlib.) sagte bei seiner Rede hauptsächlich die Interessen von
Handel und Industrie ins Auge, er hielt sich deshalb von der
Vertretung der sonst ziemlich kapitalen sozialpolitischen Auf-
fassungen seiner Partei fern. Eine Aufgabe der Sozialdemo-
kratischen Verbände sei es, auf den national-liberalen Redner,
der sich auch auf der rechten Seite weilt, folgte der Abg.
Schmidt-Berlin (Zog.) mit einer ermüdenden Dauerrede.
Er sprach zunächst über die Arbeitslosigkeit, deren Umfang er
gewöhnlichgemäß stark übertrieb, dann kam er auch auf die länd-
liche Arbeiterfrage und auf allerlei Bänne und Befehle einzu-
sprechen, die sich gegen den Staat als Arbeitergefehr richteten. Die
eintägige Redezeit der „Genossen“ wirkte endlich auf die sozial-
demokratischen Freunde des Redners einschließend.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause wurde am Dienstag, 3. März,
nachts über das „Enteignungsgesetz“ in der
durch das Herrenhaus veränderten Gestalt beraten. Abg.
Stengel (Nole) brachte abermals die bekannten polnischen
Klagen gegen das Gesetz vor und zog sich durch seine Aus-
sätze gegen die Regierung einen Ordnungsruf zu. Minister
v. Rheinbaben entkräftete die Behauptung des Vor-
redners, daß die Polen die nationalen Gefühle der Deutschen
schonten, durch Verlesung einiger Artikel aus polnischen
Zeitungen aus jüngster Zeit. Wenn sich die Polen auf die
ihnen gewährleisteten Rechte beriefen, so sei zu erwidern,
daß Rechte aus Willkür erheben. Das humane Ent-
gegenkommen der Regierung hätten die Polen durch die
Resolutionen von 1890, 1846 und 1868 gezeigt. Es be-
drühe seiner Weiterlegung der Behauptung, daß die deutschen
Gerichte mit zweierlei Maß messen: sie ständen zum einen
über solchen Verdrächtigungen. (Schluß der Beil.). Man
verlange von den Polen nur das rückhaltlose Bekennen zum
preussischen Staate. Dieses Bekennen wäre das Polen-
tum noch fähig. Es werde dafür getortet werden, daß der
deutsche Charakter der Chamarer nie durch den pol-
nischen verdrängt werden kann. (Stürmischer Beifall).
Abg. Dr. v. Gendeband u. D. Saja (kons.) gab den
Polen zu bedenken, daß es zu spät und zwecklos sei, sich der
Annahme des vorliegenden Gesetzes entgegenzusetzen.
Wir stehen auf einem anderen grundsätzlichen Standpunkt
in der Beurteilung der Vorlage als Sie. Lassen Sie sich

raten: Ziehen Sie aus dem Geiz eine Lehre zum Segen
für unser Land und für Sie selbst, ziehen Sie die einzig
mögliche Konsequenz, finden Sie sich damit ab, daß Sie
unabhängiger Bürger eines Staates sind, der festhält, was
er besitzt. (Stürmischer Beifall.) Nachdem noch verschiedene
Redner zur Sache gesprochen hatten, wurde das Gesetz
in der Form des Herrenhauses endgültig an-
genommen. — Bei der folgenden zweiten Beratung
des Etats der Seehandlung erwiderte der Minister von
Rheinbaben, es sei nicht richtig, den Großbanken durch
Erhöhung der Zinsen der Seehandlung in den Provinzen
Konkurrenz zu machen. Von allen industriellen Anlagen
habe sich die Seehandlung möglichst fernzuhalten. Eine
Zusatz der Seehandlung mit der Preußenbank sei nicht rät-
lich. Abg. v. Arnim-Ziehm (kons.) trat für Aufrechter-
haltung der Seehandlung ein und fand gegen
den Verkauf der Seehandlung an die Provinzen nichts einzuwenden.
Gegen eine Fusion der Seehandlung mit der Preußenbank
und Erhöhung der Zinsen der Seehandlung in den Pro-
vinzen seien auch seine politischen Freunde. Eine vor-
sichtige Förderung des Schwebereis sei im Interesse des
Staates in Erwägung zu ziehen. (Beifall.) Die weitere
Debatte förderte nicht wesentlich neue Gesichtspunkte auf.
Der Etat der Seehandlung wurde am 11. März, vormittags 12 Uhr,
in der Sitzung des Reichstages angenommen.

Zur Prozessbeschlagnahme.

Der Beschlagnahme des Prozessverfahrens steht in
weitem Umfange noch die Langsamkeit des gesamten Schreib-
verfahrens der Gerichte entgegen. Die Verwendung der Steno-
graphie, die in jedem größeren Anwaltsbureau und Kontor
als selbstverständlich gilt, ist unseren Gerichten noch so gut
wie fremd. Man braucht gar nicht den Gedanken an zu-
regeln, die Auslagen der Zeugen und Sachverständigen wort-
getreu stenographisch niederschreiben, aber in denjenigen
Fällen, in denen, wie insbesondere vor dem beantragten
oder erkrankten Richter, die Zeugenausagen dem Gerichts-
schreiber wörtlich diktiert werden, würde für alle Be-
teiligten unendlich viel Zeit erspart werden, wenn ein steno-
graphisch gekannter Beamter, gleichviel welchen stenographi-
schen Systems, das Diktat niederschrieb und demnach in
Kurrentschrift übertrüge. Daß ein Stenogramm eines auch
nur leidlich ausgebildeten Stenographen ebenso sicher und
gut gelesen werden kann und ebenso wenig Irrtümern
Raum bietet wie ein kurrentschriftlich niederschriebenes
Diktat, ist jedem Stenographiebekannt. Vollends ist
es eine geradezu unerhörte Verschwendung der richterlichen
Zeit, daß die Richter genötigt sind, die Urteile, welche oft
viele Seiten lang sind, kurrentschriftlich niederschreiben,
während es doch angezeigt wäre, den Richtern Stenographen
zur Verfügung zu stellen, denen zu der vom Richter ange-
gebenen Zeit, sei es auch in der Wohnung des Richters,
das Urteil diktiert wird und die es dann übertragen. Die
Uebertragung mag dann von dem Richter nachgesehen
werden. Zu alledem sind, so führt ein Artikel der „Amd-
schaft über die wichtigsten Gesetzesvorlagen“ zutreffend aus,
daraus nicht erschlaffende Kammernotizen notwendig,
sondern Kräfte, die nicht besser gekannt sind als die
Tausende und aber Tausende von Stenographen und
Stenographinnen, die heute in unseren Bureaus tätig sind
und die oft durchaus keine andere Ausbildung haben als die
Kanglienen unserer Gerichte.

Rein Generalstreik am 18. März.

Unter der Epithete „Zur Gemütsbe-
ruhigung“ schreibt der „Vorwärts“ bezüglich der
Weldung der „Frei. Ztg.“ von dem am 18. März geplanten
sozialdemokratischen Demonstrationen:
„Die „Freie Zeitung“ hat offenbar etwas hinter
sich, sie weiß aber nicht, wo die Glöden hängen. Zur Gemüts-
beruhigung der „Freiwilligen“ sei und von Herrn
Müller-Sagan bereits im voraus mobil gemachten Polizei sei
bemerk, daß bereits seit Wochen von den zuständigen Instanzen
beschlossen worden ist, daß an allen größeren Orten, wo dies
möglich ist, am Nachmittag des 18. März in Erinnerung
an die Märzereignisse von 1848 Volksversammlungen ab-
gehalten werden sollen, in denen die Wahlrechtsfrage für
Preußen zu erörtern ist.“
Danach scheint der anfänglich geplante Generalstreik
infolge der vorzeitigen Veröffentlichung aufgegeben zu sein.
Die Sozialdemokratie verhält sich besten wieder das alte
Wandern, möglichst kleine Versammlungslokale zu wählen,
um die draußen bleibenden Massen zum Verweilen auf der
Straße zu zwingen, und wenn irgend möglich, der Polizei
in die Arme zu treiben, auf daß der 18. März „würdig ge-
feiert“ werde.

Deutsches Reich.

* Zur Beamtenbesoldungsvorlage wurde, wie wir
unserem Bericht über die Budgetkommission des Abge-
ordnetenhauses in Nr. 108 der „Zoll. Ztg.“ noch ergangen
mitteilen wollen, konservativereits die ausdrück-
liche Erklärung abgegeben, die konservative Fraktion
müsse entscheidendes Gewicht darauf legen, daß die Vorlage

Provinz Sachsen und Umgebung.

Die Viehzählung in der Provinz Sachsen. Eine Zusammenstellung der statistischen Korrespondenz über die vorläufigen Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Dezember 1907...

Nebenfalls, um die Veräußerung zu beschleunigen, ließ die Mutter für 2 Mark Kognac holen, der teils getrunken, teils Verfechtung der Saure benutzt wurde.

W. Zahl, 3. März. (Im Schmecken und Geruch ist am 2. März auf der Strecke zwischen Jena und Gerstorf ist am Sonntag früh der erste Regen, der von hier in der Richtung nach Anhalt abfuhr.)

2. März nach Dinglau ab. „Iteffalia“ 29. Febr. in Goral an. „Altria“ 29. Febr. von Montevideo ab. „Altenburg“ 2. März nach Hamburg ab. „Wares“ 1. März in Veracruz an. „Bavaria“ 1. März nach Port au Prince ab. „Albinia“ 1. März nach Veracruz ab. „Metror“ 2. März nach Tripoli ab. „La Klara“ 2. März nach Hamburg ab. „Arabis“ 1. März in Baltimore an. „Kamerun“ 2. März Dover pass. „Zania“ 2. März Seilly pass. „Khaetia“ 2. März in Porto an. „Sithonia“ 2. März Dover passiert.

Börsen- und Handelsteil.

Bericht aus dem Landwirtschaftsamten für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt über landwirtsch. erzielte Schlachtpreise nach Lebendgewicht vom 25. Februar bis 4. März 1908.

Table with columns: Notierungsbereich, Viehzattung, Durchschnitts-Leb.-Gew., Preis pro 50 kg Leb.-Gewicht, Preis pro 100 kg Leb.-Gewicht. Rows include I. Mittelr., II. Magdeburg, III. Merseburg, IV. Verberg, V. Erfurt.

1. Weßlin, 4. März. (Nordf.) In dem in der Nähe des Petersberges gelegenen Gasthof zum „Roten Sauser“ wurden in der Nacht zum 3. d. M. die Bewohner durch heftiges Röcheln an der Hautstirne aus dem Schlaf geweckt.

R. Weßenlaugen, 3. März. (Der inneren Mission zu dienen, nach Herr Pastor Söbbing aus Halle am letzten Sonntag herübergekommen. Vor der gleichber verarmten Gemeinde predigte er über Marcus 10, 35 ff. von dem die ewige Liebe, die sich im Diensten äußert, von dem göttlichen Diensten, das sich in der Liebe vollendet.

2. Weisenfels, 3. März. (Vernehmung befristet. — Neuer Bankleiter. — Landwirtschafflicher Versteigerung. — Selbstmordverjud.)

— Aus den Verhafteten der Provinz Sachsen. Der in die Oberpost- und Sporthalle in München berufene Pastor Decker in Göttingen, zum Landesrat ernannt. — Bestenfalls wurde dem bisherigen evangelischen Divisionspater bei der 21. Division, jetzigen Pastor Johannes Jaep zu Zeit der Note Altonaer vierter Klasse.

— a. Anhaltstadt, 3. März. (Schwurgericht.) Verhandelt wurde heute gegen den Zimmermann und Gemeindevorstandsglieder Hermann Schmitt in Schmarg. — Anhaltstadt, 3. März. (Schwurgericht.) Verhandelt wurde heute gegen den Zimmermann und Gemeindevorstandsglieder Hermann Schmitt in Schmarg.

— Weimar, 3. März. (An der Sitzung des Landtages) am 2. März, beantwortete Departementchef Dr. Paulsen die Interpellation des Abg. Frhr. v. Nidderhöfen über den geplanten Neubau der Ramsdorfer Brücke bei Jena und die in Aussicht genommene Einmündung von Weingärten in die Stadt Jena.

— W. Weß, 3. März. (Aufsehen erregender Verhandlung in Kuffen erregender Prozeß vor dem hiesigen Landgericht zu Ende geführt worden.)

— Aus den Verhafteten der Provinz Sachsen. Der in die Oberpost- und Sporthalle in München berufene Pastor Decker in Göttingen, zum Landesrat ernannt.

— Bestenfalls wurde dem bisherigen evangelischen Divisionspater bei der 21. Division, jetzigen Pastor Johannes Jaep zu Zeit der Note Altonaer vierter Klasse.

Tages-Marktbericht.

— New-York, 3. März, 6 Uhr abends. Warenbericht. (Die eingekommenen Notierungen sind vom 2. März.) Baumwolle-Breis in New-York 11,65 (11,65), Lieferung Mai 10,79 (11,84), Lieferung Juli 10,56 (10,58).

Wortenspiegel.

— Halle a. S., 4. März. Preis pro 100 Rtl. 10,80. Wagners-Preis hier bei Bezug von mittelhohen 200 Zentnern.

Alfred Bernhardt, Halle S., Gr. Ulrichstr. 16. Telefon 735. Spezial- u. Versandhaus feiner Delikatessen. 5% Rabatt.

— W. Weß, 3. März. (Aufsehen erregender Verhandlung in Kuffen erregender Prozeß vor dem hiesigen Landgericht zu Ende geführt worden.)

Sport und Jagd.

W. Naumburg, 3. März. (Doggentisch.) Vorgehen hielt hier der Deutsche Doggentisch seine Jahresversammlung ab.

Schiffahrts-Nachrichten.

— Hamburg-Amerika-Linie. Bureau in Halle a. S.: G. G. Schulze, Verburgstraße 32. Hamburg, 3. März. „Albatros“ 3. März von Southampton ab. „Wien“ 1. März von Hamburg ab. „Wien“ 1. März von Hamburg ab.

